Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum
06.11.2009
Ausschussbetreuender Fachbereich
Angelegenheiten der Gemeindeverfassung
Schriftführung
Christian Ruhe
Telefon-Nr.
02202-142237

Niederschrift

Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 29.09.2009

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:08 Uhr - 20:22 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am 30.06.2009- öffentlicher Teil**
0431/2009

4, **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4.1 **Anzeige von Nebentätigkeiten**
0438/2009

5. **Schenkung des Sammlerehepaares Welle in Paderborn an die Galerie Villa Zanders**
331/2009

6. Jahresrechnung 2007
277/2009

7. Bericht zur Haushaltssituation

8. Haushaltswirtschaftliche Sperre
0404/2009

9. Konjunkturpaket II
- Verfügung restlicher Mittel
0366/2009

10. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)
0360/2009

11. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)
0365/2009

12. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009
0403/2009

13. Über- und außerplanmäßige Auszahlungen/Aufwendungen 2008
0396/2009

14. Beteiligungsbericht 2007
0352/2009

15. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0380/2009

16. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0433/2009

17. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"
0418/2009

18. Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"
0434/2009

19. Jahresabschluss 2008 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH
0394/2009

20. Einwohnerfragestunde
0332/2009

21. Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister
0406/2009

22. Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach
229/2009

23. Neuwahl des Integrationsbeirates
0428/2009

24. Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in 2010
327/2009

25. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
330/2009

26. II. Nachtragssatzung zur Änderung der "Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern"
0335/2009

27. II. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung)
0342/2009

28. Bergisch Gladbach - Stadtmitte:
- Festlegung als Stadtumbaugebiet
0437/2009

29. Regionale 2010 - stadt :gestalten
- Ergebnis Öffentlicher Raum Wettbewerb Ost
0343/2009

30. Bebauungsplan Nr. 5342 -Vinzenz-Pallotti-Straße-
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung
- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung
- Beschluss als Satzung
0389/2009

31. Bebauungsplan Nr. 5423 - Industrieweg -
- Erlass einer Veränderungssperre
0339/2009

32. Anträge der Fraktionen

32.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2009, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg von der Haushaltssperre auszunehmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen
0436/2009

33. Anfragen der Ratsmitglieder

Protokollierung

A **Öffentlicher Teil**

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Der Erste stellvertretende Bürgermeister, Herr Hagen, eröffnet die 30. Sitzung des Rates in der siebten Wahlperiode.

Herr Hagen stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die heutige Sitzung haben sich Herr Jung, Herr Reitz (beide CDU-Fraktion), Herr Dr. Müller (SPD-Fraktion), Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Herr Lahres (Fraktion KIDitiative) entschuldigt.

Von Seiten der Verwaltung ist Herr Bürgermeister Orth entschuldigt.

Herr Hagen benennt die Unterlagen der heutigen Sitzung:

- die Einladung vom 17.09.2009 mit den dazugehörigen Vorlagen und den bis dahin vorliegenden Beratungsergebnissen aus den Fachausschüssen,
- eine Aktualisierung/Ergänzung der Anlage zur Tagesordnung - übersandt mit Schreiben vom 25.09.2009,
- eine Aktualisierung zur Vorlage 0406/2009 (TOP A 21, Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Hauptausschusses am 24.09.2009) vom 28.09.2009.

Herr Hagen weist darauf hin, dass der Finanz- und Liegenschaftsausschuss in der Sitzung am 22.09.2009 auf eine Beratung der Vorlage 0366/2009 (TOP A 9, Konjunkturpaket II - Verfügung restlicher Mittel) verzichtet und die Beratung der Vorlage 0365/2009 (TOP A 11, Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei Bensberg)) vertagt habe. Er schlage daher vor, Tagesordnungspunkt A 9 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen und Tagesordnungspunkt A 11 zu vertagen.

Hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Herr Waldschmidt beantragt, die Vorlage 0436/2009 (TOP A 32.1, Antrag der SPD-Fraktion)) wegen Sachzusammenhangs gemeinsam mit der Vorlage 0404/2009 (Haushaltswirtschaftliche Sperre) unter TOP A 8 zu behandeln.

Auch hiermit zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates am 30.06.2009 - öffentlicher Teil - wird genehmigt.

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Rates am**

30.06.2009- öffentlicher Teil
0431/2009

Herr Schmickler verliest die folgende Aktualisierung des Durchführungsberichtes:

„Zu TOP 18.2
Antrag der BfBB-Fraktion vom 19.05.2009 zum Kindergarten ‚Lauter Pänz'
301/2009
Der Jugendhilfeausschuss ist in seiner Sitzung am 15.09.2009 dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt und hat den Antrag damit abgelehnt.

Zu TOP 18.3
Antrag der CDU-Fraktion vom 15.06.2009 zum Ausbau von Sportstätten mit Kunstrasenplätzen
305/2009
und
Zu TOP 18.4
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2009 zur Sanierung von Sportplätzen
307/2009
Die Anträge sind in Form der Vorlage 0360/2009 Bestandteil der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung."

Der Rat nimmt den schriftlichen Bericht und die vorgetragene Aktualisierung zur Kenntnis.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Hagen: Danksagung an die mit Ablauf der Wahlperiode ausscheidenden Ratsmitglieder

Herr Hagen bedankt sich im Namen der Stadt Bergisch Gladbach bei den 27 mit Ablauf der Wahlperiode ausscheidenden und auch bei allen weiteren Ratsmitgliedern herzlich für die geleistete erfolgreiche Arbeit.

Sein Dank gelte auch Herrn Bürgermeister Orth, der die Stadt Bergisch Gladbach in Zusammenarbeit mit Rat und Verwaltung in den vergangenen fünf Jahren ein gutes Stück voran gebracht habe.

Besonders erwähnenswert sei auch Herr Kierspel, der seit nunmehr 35 Jahren Mitglied des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und davor schon knapp vier Jahre Mitglied des Rates der Gemeinde Odenthal gewesen sei. Auf eine zwanzigjährige Ratsmitgliedschaft könnten Herr Albrecht, Frau Bendig, Herr Dr. Kassner und Herr Dresbach zurückblicken. Die Ratsmitgliedschaft von Herrn Jung erstreckte sich von 1979 bis 1984 und von 1989 bis heute, also auf insgesamt 25 Jahre. Er selbst sei ebenfalls seit 25 Jahren Mitglied des Rates.

Er bedaure es jedoch, dass die Verwaltung sich unter Verweis auf die Haushaltssituation nicht davon habe überzeugen lassen, dass nach der Ratssitzung eine kleine Feierlichkeit stattfinden und den ausscheidenden Ratsmitgliedern Blumen bzw. kleine Präsente überreicht werden sollten. Dazu wolle die Verwaltung noch im nicht öffentlichen Teil der Sitzung Stellung nehmen.

Herr Schmickler: Mitteilung zum Förderverein für das Forsthaus Steinhaus und zur Veranstaltung zum Thema „Baulandmanagement"

Herr Schmickler teilt mit, die Stadt Bergisch Gladbach sei nach dem entsprechenden Ratsbeschluss nunmehr dem Förderverein für das Forsthaus Steinhaus als Mitglied beigetreten.

Er bittet die Ratsmitglieder außerdem um zahlreiche Teilnahme an der Veranstaltung zum Thema „Baulandmanagement in Bergisch Gladbach“ am 07.10.2009 um 18:30 Uhr. Zu dieser Veranstaltung seien neben den derzeitigen auch die künftigen Ratsmitglieder schriftlich eingeladen worden. In den vergangenen Monaten habe sich die Verwaltung in Abstimmung mit einem von Ratsmitgliedern besetzten Gremium mit dem Thema „Wohnbaulandpotentialanalyse“ befasst. Die Ergebnisse sollten dem Rat möglichst noch in diesem Jahr zur Beratung vorgelegt werden. Darüber hinaus sollen auch das Handlungskonzept für nachhaltiges Wohnbaulandmanagement sowie die Ergebnisse aus dem Projekt LEANkom bei der Veranstaltung vorgestellt werden.

Der Rat nimmt die Mitteilungen zur Kenntnis.

4.1. <u>Anzeige von Nebentätigkeiten</u>
0438/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

5. <u>Schenkung des Sammlerehepaares Welle in Paderborn an die Galerie Villa Zanders</u>
331/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

In Anbetracht des hohen Stellenwertes der Papierarbeiten Kunklers für den städtischen Kunstbestand wird die Schenkung mit einem herzlichen Dank an die Eheleute Welle angenommen.

6. <u>Jahresrechnung 2007</u>
277/2009

Herr Lang erläutert, die BfBB-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, da sie die Abschöpfung des Überschusses aus den Gebührenhaushalten nach wie vor für unzulässig halte.

Der Rat fasst einstimmig bei Enthaltung der BfBB-Fraktion und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

1. **Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Jahresrechnung 2007 wird zur Kenntnis genommen.**

2. **Die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2007 wird beschlossen.**

3. **Dem Bürgermeister wird gemäß § 94 Absatz 1 GO NRW für das Jahr 2007 Entlastung erteilt.**

7. <u>Bericht zur Haushaltssituation</u>

Herr Schmickler erläutert, die Verwaltung habe die Ratsmitglieder in den vergangenen Wochen mehrfach über die Entwicklung der Finanzen und über den Haushaltsvollzug unterrichtet. Auf Grund der wichtigen anstehenden Projekte und der Risiken, in diesem Zusammenhang Zuschüsse in Millionenhöhe zu verlieren und der durch die Kommunalwahl schwierigen Terminsituation liege der Arbeitsschwerpunkt der Verwaltung momentan darin, für die Ratsmitglieder möglichst schnell und umfassend Informationen für die anstehenden Entscheidungen zu erarbeiten. Der erste Schritt sei ein „Kassensturz“ sowie eine enge Abstimmung möglicher weiterer Schritte mit der Aufsichtsbehörde und den Förderstellen. Die Verwaltung werde sich formell in dem Rahmen bewegen, der den Ratsmitgliedern schon aus früheren Zeiten der Haushaltssicherung bzw. des Nothaushaltes bekannt sei. Die damals entwickelten und angewandten Maßnahmen hätten sich bewährt und könnten in aktualisierter Form wieder durchgeführt werden. Weder die Verwaltung, noch die Aufsichtsbehörden würden eine Auswahl vornehmen in Bezug auf die Priorisierung der anstehenden Projekte und Maßnahmen. Die Entscheidung darüber sei allein Sache des Rates; die Verwaltung könne allenfalls Vorschläge entwickeln. Man bemühe sich, einen Rahmen aufzustellen, der alle bisherigen Entscheidungen des Rates berücksichtige und keine Maßnahme von vorneherein ausklammere. Es müssten im Bereich freiwillige Leistungen und im Bereich der Höhe der Standards pflichtiger Leitungen jedoch Kürzungen vorgenommen werden. Dies gelte genauso für die Investitionspläne.

Herr Mumdey erläutert, er habe die Ratsmitglieder erstmals im Sommer im Finanz- und Liegenschaftsausschuss informiert, dass sich die finanzielle Situation der Stadt in erster Linie wegen weg brechender Steuereinnahmen deutlich verschlechtern werde. Aus dem Controllingbericht 30.06.2009 ergebe sich, dass das Defizit in diesem Jahr um 10 Millionen EUR höher ausfalle, als im Haushalt vorgesehen. Damit werde statt eines Defizits von 13 Millionen EUR ein Defizit von 23 Millionen EUR entstehen, wodurch ca. die Hälfte der gesamten Ausgleichsrücklage in nur einem Jahr aufgebraucht werde. Er habe aus diesem Grund eine haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen. Es ergab sich jedoch die Frage, ob die Pflicht bestehe, eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen. In § 9 der Haushaltssatzung sei eindeutig geregelt, dass bei einer Abweichung in Höhe von 2% der Gesamtaufwendungen Erheblichkeit gegeben sei, womit eigentlich ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden müsse. In der derzeitigen finanziellen Situation der zu erwartenden weg brechenden Einnahmen sei es aber wohl nicht möglich, ein genehmigungsfähiges Haushaltsicherungskonzept aufzustellen, so dass sich die Stadt faktisch im Nothaushalt befinde. Die Verwaltung habe das weitere Verfahren mit der Kommunalaufsicht abgestimmt. Der Landrat verzichte darauf, von der Stadt die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes zu verlangen, der nur zu den beschriebenen Ergebnissen führen würde. Stattdessen dürften bis zur Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2010 grundsätzlich keine Ausnahmen von der Haushaltssperre erteilt werden. Die Verwaltung müsse der Kommunalaufsicht bis zum Monatsende mitteilen, ob im Bereich der Investitionen die Vorgabe „Nettokreditaufnahme null minus ein Drittel“ eingehalten werden könne. Nach seiner Einschätzung sei diese Grenze für 2009 wohl zum jetzigen Zeitpunkt bereits erreicht, was auch nicht verwundere, denn vor Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre habe die Verwaltung durch den Haushaltsplan vorgesehene Investitionen vorgenommen. Die einzuhaltenden Regelungen für den Personalbereich (z.B. einjährige Wiederbesetzungssperre) seien den Ratsmitgliedern bekannt. Für den Bereich der freiwilligen Leistungen und der Höhe der Standards pflichtiger Leistungen stelle sich die Aufsichtsbehörde die Einhaltung eines aufgearbeiteten Korridors vor, der auch im letzten Haushaltssicherungskonzept einzuhalten war. Die Aktualisierung des damaligen Korridors werde derzeit durch die Verwaltung vorgenommen. Das weitere Verfahren für den Haushalt 2010 werde in der ersten Sitzung des neuen Rates abgestimmt. Die nächste Gesprächsrunde mit der Kommunalaufsicht sei für den 07.10.2009 vorgesehen.

Der Rat nimmt die Mitteilungen von Herrn Schmickler und Herrn Mumdey zur Kenntnis.

Herr Lang fragt, ob es rechtlich auch zulässig sei, dass die Stadt ihre gesamte Rücklage aufbrauche. Er fordert die Verwaltung auf, dem Rat die notwendigen Informationen zur Haushaltssituation schnellstmöglich zur Verfügung zu stellen.

Herr Mumdey antwortet, die Ausgleichsrücklage könne komplett aufgebraucht werden. Problematisch seien Eingriffe in die allgemeine Rücklage. In der bisherigen Finanzplanung habe man davon ausgehen können, jährlich weniger als 5% der allgemeinen Rücklage in Anspruch zu nehmen. Nun sei aber absehbar, dass diese 5%-Hürde zweimal nacheinander überschritten werde, was zu der Verpflichtung führe, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Die Ratsmitglieder hätten heute den Controllingbericht 30.06.2009 erhalten; derzeit werde der Controllingbericht 30.09.2009 erstellt. Er werde die Ratsmitglieder weiterhin über die Entwicklungen informieren. Derzeit sei nicht zu erwarten, dass sich an den negativen Prognosen in den Positionen Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Hilfe zur Erziehung etwas ändere.

Herr Kraus fragt, ob die Wiederbesetzungssperre auch die zwei Stellen betreffe, die derzeit ausgeschrieben seien. Er halte es im Übrigen für nicht hilfreich, dass den Ratsmitgliedern der Controllingbericht am Tage der Ratssitzung vorgelegt werde.

Herr Mumdey antwortet, der Entwurf des Controllingberichtes habe ihm selbst schon länger vorgelegen; der Bericht hätte den Ratsmitgliedern eher vorgelegt werden können. Die Wiederbesetzungssperre gelte grundsätzlich. Im Einzelfall könne man sich allerdings mit der Aufsichtsbehörde über erforderliche Ausnahmen abstimmen. Er halte dies innerhalb seines Dezernates in Bezug auf eine Stelle in der Bezirkssozialarbeit für notwendig.

8. <u>Haushaltswirtschaftliche Sperre</u>

0404/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

Herr Waldschmidt erläutert den Antrag der SPD-Fraktion zum Schwimmbad Mohnweg (Vorlage 0436/2009). Über die Notwendigkeit einer Ausnahme von der haushaltswirtschaftlichen Sperre bestehe Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion. Er bittet um Zustimmung zum Antrag der SPD-Fraktion, damit noch in diesem Jahr mit den Bauarbeiten begonnen werden könne.

Herr Mumdey entgegnet, er dürfe die haushaltswirtschaftliche Sperre an dieser Stelle auch aus Sicht des Landrates zum jetzigen Zeitpunkt nicht freigeben. Dies sei auch rechtlich nicht zu beanstanden. Wie unter TOP A 7 schon erläutert, müsse die Verwaltung zunächst dem Landrat Zahlen vorlegen. Nur, wenn dann bekannt sei, ob noch Spielraum bestehe und wenn ja, in welcher Höhe, könne der Rat darüber entscheiden, welche Investitionen durchgeführt werden sollen.

Herr Waldschmidt ergänzt den Antragstext wie folgt: „Die SPD-Fraktion beantragt, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg <u>vorbehaltlich der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde</u> von der Haushaltssperre auszunehmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen.“

Herr Mömkes erläutert, die CDU-Fraktion habe seit 2004 immer wieder darauf hingewiesen, dass die Sanierung des Schwimmbades Mohnweg höchste Dringlichkeit habe.

Herr Kleine fragt Herrn Mumdey, ob es zutreffe, dass die Haushaltssperre für einzelne Maßnahmen durch Ratsbeschluss aufgehoben werden könne, da sich die Stadt derzeit nicht im Nothaushalt befinde. Wenn dies so wäre, müsse die Aufsichtsbehörde nicht einbezogen werden.

Herr Mumdey antwortet, dass die Stadt eigentlich einen Nachtragshaushalt aufstellen müsse, der mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit im Nothaushalt enden würde. Der Landrat toleriere eine Nichteinhaltung dieser Verpflichtung unter der Bedingung, dass die Stadt die Nothaushaltskriterien konsequent einhalte. Ob noch ein Rahmen bestehe und wenn ja, in welcher Höhe, werde in dem Gespräch mit der Aufsichtsbehörde am 07.10.2009 geklärt.

Herr Lang erläutert, der Rat könne der Verwaltung den Auftrag erteilen, dafür zu sorgen, dass die Maßnahme durchgeführt werden könne. Es solle möglichst ein genereller Beschluss gefasst werden, welche Maßnahmen der Rat priorisieren wolle. Für die BfBB-Fraktion hätten Schulprojekte absolute Priorität. Herr Lang schlägt vor, den Antragstext um die Formulierung „vorbehaltlich der Finanzierung“, und nicht um den Vorbehalt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu erweitern.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass die Aufsichtsbehörde keine einzelnen Maßnahmen beurteilen werde und dies auch nicht dürfe. Es sei durchaus zulässig, dass der Rat die Priorisierung der Maßnahme Mohnweg unter dem benannten Vorbehalt heute beschließe.

Herr Dr. Kassner erläutert, er werde nur einem Priorisierungsbeschluss zustimmen.

Herr Dr. Miege erklärt, die Fraktionen seien sich in der Sache einig. Der Rat solle jetzt eine politische Entscheidung treffen und dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Er erinnert daran, dass es bei der Instandsetzung nicht nur um das Schwimmbad, sondern auch und die Turnhalle sowie die Heizung des gesamten maroden Gebäudes gehe.

Herr Dr. Fischer fragt, ob die Verwaltung bestätigen könne, dass es keine noch dringlicheren Projekte gebe, die möglicherweise durch den beantragten Beschluss blockiert werden könnten.

Herr Schmickler antwortet, dass eine Entscheidung für den Bau eines Schwimmbades auch eine höhere Betriebskostenbelastung für die Stadt nach sich ziehen würde, als beispielsweise der Bau zweier Turnhallen. Die Entscheidung habe also nicht nur eine investive Komponente. Der Finanzierungsvorbehalt erstrecke sich auch auf die zu erwartenden laufenden Kosten. Eine Handlungsrichtlinie des Landes für Kommunen im Nothaushalt sehe für Investitionsmaßnahmen Prioritäten vor. Das Schwimmbad Mohnweg sei eine Maßnahme, die er persönlich für sehr sinnvoll halte. Die Kriterien des Handlungsrahmens müssten jedoch im Einzelnen durchgegangen werden. Die Verwaltung werde einen Vorschlag unterbreiten, der den zur Verfügung stehenden Investitionsrahmen des Jahres 2010 und ggf. auch den Rahmen des Jahres 2009 unter Beachtung der Kriterien verteile. Es bestehe die Chance, dass Schwimmbad Mohnweg in den nächsten Jahren im Investitionsrahmen unterzubringen; dies werde jedoch keine einfache Aufgabe. Er könne insofern heute keinerlei Zusagen im Sinne der Fragen machen.

Herr Nagelschmidt erläutert, die zuletzt bekannt gewordenen Zahlen würden verdeutlichen, dass sich die Projekte wohl über längere Zeiträume erstrecken würden. Die Priorisierung des Schwimmbads Mohnweg solle heute beschlossen werden.

Herr Dr. Miege und Herr Waldschmidt entgegnen auf die vorangegangenen Ausführungen, der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport habe nach jahrelangen Diskussionen einstimmig empfohlen, eine Turnhalle und ein Schwimmbad zu bauen. Sie fordern eine politische Entscheidung und keine weitere Diskussion.

Herr Kamp erläutert, die Maßnahme solle unbedingt durchgeführt werden. Die Bürger könnten nicht verstehen, warum Schwimmbäder nicht saniert werden können, wenn bereits andere Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket auf den Weg gebracht wurden.

Frau Schu beantragt den Schluss der Aussprache.

Herr Dr. Baeumle-Courth verweist auf die Notwendigkeit der Maßnahme für den Schulschwimmbetrieb. Natürlich müsse nicht nur über die Investition, sondern auch über die laufenden Kosten gesprochen werden. Der Rat solle dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport folgen und eine Priorisierung beschließen. Dem Bürger gegenüber solle man aber ehrlich sein: Ein Plus an Ausgaben ziehe die Notwendigkeit der Erhöhung der Einnahmen nach sich.

Herr Schütz fragt, ob der Rat nun einen Maßnahmebeschluss oder einen Priorisierungsbeschluss fassen solle. Aus seiner Sicht solle der Rat auch einen Deckungs-/Finanzierungsvorschlag - wie z.B. die Erhöhung der Grundsteuer oder Gewerbesteuer - beschließen. Herr Schütz beantragt die geheime Abstimmung über den Antrag.

Herr Lang weist auf seinen Vorschlag („vorbehaltlich der Finanzierung“) zur Änderung des Antragstextes hin. Die BfBB-Fraktion könne es nicht unterstützen, dass die Stadt den Landrat um Genehmigung bitte.

Herr Hagen verliest den modifizierten Antragstext, über den der Rat beschließen solle: „Die SPD-Fraktion beantragt, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung und Genehmigung der Aufsichtsbehörde von der Haushaltssperre auszunehmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen.“

Herr Hagen lässt daraufhin zunächst über den Antrag auf geheime Abstimmung abstimmen.

Für diesen Antrag stimmt nur die Fraktion KIDitiative. Das nach § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW benötigte Quorum von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder ist damit nicht erreicht. Der Antrag wird somit abgelehnt.

Herr Hagen lässt daraufhin über den modifizierten Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Der Rat fasst einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung und Genehmigung der Aufsichtsbehörde von der Haushaltssperre auszunehmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen, wird angenommen.

9. Konjunkturpaket II

- Verfügung restlicher Mittel
0366/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

10. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Sportplätze und Schulmensen)
0360/2009

Herr Dr. Fischer sieht noch Diskussionsbedarf und beantragt eine Vertagung der Beschlussfassung über den Beschlussvorschlag unter Ziffer 1. Die FDP-Fraktion habe der Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses nach seiner Erinnerung nicht zugestimmt.

Herr Kleine entgegnet, eine abschließende Entscheidung solle nach der Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses erst in der übernächsten Ratssitzung getroffen werden. Damit sei unter Einbeziehung der heutigen Sitzung die Ratsitzung am 27.10.2009 gemeint.

Herr Lang erläutert, der Rat könne keine endgültigen Beschlüsse fassen, weil die Finanzierung noch unklar sei.

Für den Vertagungsantrag von Herrn Dr. Fischer stimmen FDP-Fraktion und BfBB-Fraktion. Mit Gegenstimmen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird der Antrag bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hagen lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag in der Fassung der Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **Die Sportplätze „Saaler Mühle“, „Heuweg/Steinbreche“, „Herkenrath“, „Rübezahlwald“ und „IGP“ sollen durch die Vereine SC 1927 Bergisch Gladbach e.V., SV Refrath-Frankenforst 1926 e.V., SSV Jan Wellem 05 e.V. und Gencler Birligi e.V. als Kunstrasenplätze neu gestaltet werden. Hierfür werden insgesamt aus dem Konjunkturpaket II Zuschüsse in Höhe von bis zu 1.000.000,- EUR gewährt. Hieraus können ca. 50% der notwendigen Kosten bestritten werden; den Restbetrag tragen die Vereine. Die Gewährung des Zuschusses aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgt vorbehaltlich der Vorlage eines tragfähigen Finanzierungskonzeptes durch die Vereine unter Abwägung einer Gesamtschau der Investitionen 2009/2010. Eine abschließende Entscheidung erfolgt in der übernächsten Ratssitzung.**

2. **Die Beschlussvorschläge zu den Ziffern 2., 3. und 4. werden gestrichen.**

3. **Für den Bau der Schulmensa am städtischen Nikolaus-Cusanus-Gymnasium werden 300.000,- EUR aus Mitteln des Konjunkturpaketes II reserviert. Für denselben Zweck werden aus Mitteln des FB 8 bis zu 100.000,- EUR - bei Aufhebung der Haushaltssperre - zur Verfügung gestellt.**

11. Ausbau der Infrastruktur aus Mitteln des Konjunkturpaketes II (Bücherei

Bensberg)
0365/2009

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

12. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen 2009
0403/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

13. Über- und außerplanmäßige Auszahlungen/Aufwendungen 2008
0396/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

14. Beteiligungsbericht 2007
0352/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15. Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0380/2009

Der Rat fasst mehrheitlich bei vier Gegenstimmen aus den Reihen der BfBB-Fraktion sowie jeweils einer Enthaltung aus den Reihen der BfBB-Fraktion und der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in Aktiva und Passiva mit

12.098.670,55 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 308.603,62 EUR fest.

2. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.

3. Der Jahresüberschuss 2007 wird

a) in Höhe von 258.603,62 EUR gemäß § 10 Absatz 3 EigVO dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke zugeführt
b) in Höhe von 50.000,00 EUR an den städtischen Haushalt abgeführt.

16. Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach"
0433/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach“.

17. <u>Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"</u>
0418/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellt vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2007 in Aktiva und Passiva mit 321.156.176,60 EUR

Die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresüberschuss von 200.023,91 EUR fest.

2. gemäß § 26 Absatz 2 EigVO den Lagebericht 2007 fest.

3. Der Jahresüberschuss 2007 von 200.023,91 EUR wird auf neue Rechnung vorgetragen.

18. <u>Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung "Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung"</u>
0434/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die Entlastung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses für den Jahresabschluss 2007 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung „Fachbereich Grundstückswirtschaft und Wirtschaftsförderung“.

19. <u>Jahresabschluss 2008 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH</u>
0394/2009

Herr Lang äußert die Ablehung des Beschlussvorschlages durch die BfBB-Fraktion, die der Ansicht sei, dass es „nicht gut war, das Geld dort anzulegen“.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion KIDitiative folgenden **Beschluss**:

Nach Prüfung und Billigung der vorgelegten Unterlagen durch den Aufsichtsrat der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH wird der Bürgermeister als Vertreter der Gesellschafterin, der Stadt Bergisch Gladbach, bevollmächtigt,

1. **in der Gesellschafterversammlung den Jahresabschluss 2008 der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH festzustellen und den Jahresfehlbetrag der Gesellschaft in Höhe von 3.446.767,22 EUR aus der Gewinnrücklage abzudecken,**

2. **den Aufsichtsrat und den Geschäftsführer der Bädergesellschaft der Stadt Bergisch Gladbach mbH zu entlasten und**

3. **für die Prüfung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2009 die Ebner Stolz Bachem GmbH Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Köln, zu beauftragen.**

20. <u>Einwohnerfragestunde</u>
0332/2009

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

21. <u>Neufassung der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach über die Verteilung von Entscheidungsbefugnissen des Rates auf die Ratsausschüsse und die Bürgermeisterin/den Bürgermeister</u>
0406/2009

Herr Schmickler weist darauf hin, dass im Entwurf der Zuständigkeitsordnung in § 11 Absatz 3 Ziffer 1. auch dem Infrastrukturausschuss die Entscheidungskompetenz über das Bestattungswesen und die Grünflächenbewirtschaftung zugeordnet werde. Diese Bereiche seien durch § 15 Absatz 2 Ziffer 4 richtigerweise der Entscheidungskompetenz des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr zugeordnet. Er empfehle, die Formulierung „des Bestattungswesens und der Grünflächenbewirtschaftung“ in § 11 Absatz 3 Ziffer 1. zu streichen. Dieser erhielte dann die Fassung: „Der Infrastrukturausschuss entscheidet über Grundsätze der Abfallwirtschaft, der Abwasserentsorgung, der Stadtreinigung und des Fuhrparks“.

Herr Dr. Speer erläutert, es bestehe außerdem Aktualisierungsbedarf in Bezug auf § 12 Absatz 2 Ziffer 1. der Zuständigkeitsordnung. Die Formulierung „gemäß § 21a Schulverwaltungsgesetz“ müsse durch die Formulierung „gemäß § 61 Absatz 4 Schulgesetz“ ersetzt werden.

Der Rat zeigt sich mit diesen Vorschlägen einvernehmlich einverstanden.

Herr Dr. Fischer beantragt, Haupt- und Finanzausschuss - wie ursprünglich vorgesehen - in einem Ausschuss zusammenzufassen. Die Argumentation, ein solcher Ausschuss würde auf Grund seiner Zuständigkeit überlastet, sei nicht zutreffend. Er habe recherchiert, dass ein solcher Ausschuss durchschnittlich lediglich zwei Tagesordnungspunkte mehr pro Sitzung zu behandeln hätte als der bisherige Hauptausschuss, da gleichzeitig Zuständigkeiten des Hauptausschusses dem Ausschuss für Stadtentwicklung übertragen würden. Die übrigen Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses werde die FDP-Fraktion mittragen.

Herr Mömkes schließt sich diesen Ausführungen für die CDU-Fraktion an.

Herr Lang befürwortet eine Zusammenlegung der beiden Ausschüsse vor allem aus arbeitsökonomischen Gründen. Es solle zudem ein separater Vergabeausschuss beibehalten werden. Eine Auflösung des Gleichstellungsausschusses lehne die BfBB-Fraktion ab.

Herr Waldschmidt beantragt, die derzeit gültige Zuständigkeitsordnung bis auf weiteres beizubehalten, da sie sich grundsätzlich bewährt habe. Hierüber beantrage die SPD-Fraktion eine

geheime Abstimmung. Die Entscheidung über eine Änderung solle dem neu gewählten Rat vorbehalten werden.
Für den Fall, dass dieser Antrag keine Mehrheit findet, erläutert Herr Waldschmidt folgendes: Die SPD-Fraktion lehne eine Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss ab. Die Stadtentwicklung solle wieder der Zuständigkeit des Hauptausschusses zugeordnet werden. Einer Beibehaltung des Vergabeausschusses sowie der Erweiterung der Kompetenzen des Umweltausschusses würde die SPD-Fraktion zustimmen, einer Integrierung des Gleichstellungsausschusses in den Stadtentwicklungsausschuss nicht. Die SPD-Fraktion beantragt für den Fall der Ablehnung des ersten Antrags die geheime Abstimmung über die Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss sowie über die Zusammenlegung von Gleichstellungs- und Stadtentwicklungsausschuss.

Herr Dr. Baeumle-Courth lehnt eine Zusammenlegung von Gleichstellungs- und Stadtentwicklungsausschuss für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN ebenfalls ab. Sozial- und Gleichstellungsausschuss hätten in den vergangenen fünf Jahren gute und wichtige Arbeit geleistet. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantrage, einen eigenständigen Ausschuss für soziale Sicherung, Gleichstellung von Frau und Mann und Integration aus dem Stadtentwicklungsausschuss herauszulösen.

Frau Schneider spricht sich dagegen aus, den Gleichstellungsausschuss an einen anderen Fachausschuss anzubinden. Der Gleichstellungsausschuss sei ein Querschnittsausschuss, der den anderen Ausschüssen, dem Rat und der Verwaltung wichtige Anregungen gebe.

Herr Mömkes entgegnet, eine Zusammenlegung von Gleichstellungs- und Stadtentwicklungsausschuss bedeute eine Aufwertung der Gleichstellungsthemen, da diese so in alle wichtigen Angelegenheiten des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann einfließen würden.

Frau Fahner entgegnet, Gleichstellungsthemen dürften nicht einem Fachausschuss zugeordnet werden, da ihnen ihre Bedeutung dadurch genommen werde. Der Ausschuss sei vor ca. acht Jahren auf Wunsch der CDU-Fraktion eingerichtet worden, um die Gleichstellungsstelle bei ihrer Arbeit politisch stärker zu begleiten. Der Ausschuss nehme eine Querschnittsfunktion für alle Fachausschüsse war und dürfe nicht auf bestimmte Themen, wie z.B. die Stadtentwicklung begrenzt werden. Die wichtigen Anregungen und Hinweise des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann seien von den anderen Fachausschüssen im Großen und Ganzen immer berücksichtigt worden. Frau Fahner appelliert an den Rat, dieser Bedeutung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann Rechnung zu tragen und den Ausschuss beizubehalten.

Auch Herr Kleine und Herr Galley setzen sich für eine Beibehaltung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und gegen eine Zusammenlegung von Hauptausschuss und Finanzausschuss ein.

Herr Mömkes weist darauf hin, dass der vorliegende Entwurf zur Änderung der Zuständigkeitsordnung den Ratsmitgliedern von Herrn Bürgermeister Orth vorgelegt worden sei.

Herr Hagen fragt die Ratsmitglieder, ob er vor dem Hintergrund, dass mit den Stimmen der SPD-Fraktion das nach § 18 Absatz 4 Geschäftsordnung in Verbindung mit § 50 Absatz 1 Satz 4 GO NRW benötigte Quorum von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder bereits erreicht wäre, zunächst über die Anträge auf geheime Abstimmung abstimmen lassen solle.

Seitens der Ratsmitglieder wird dahingehend Einvernehmen geäußert, dass auf eine Abstimmung über die Anträge auf geheime Abstimmung vor diesem Hintergrund verzichtet werden solle.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler für die beantragten geheimen Abstimmungen schlägt die SPD-Fraktion Herrn Dr. Arndt, die Bündnis 90/DIE GRÜNEN Frau Scheerer und die FDP-Fraktion Frau Graner sowie Herrn Gerhards vor.

Mit diesen Vorschlägen zeigt sich der Rat einvernehmlich einverstanden.

Sodann lässt Herr Hagen über den Antrag der SPD-Fraktion, die Zuständigkeitsordnung in ihrer bisherigen Fassung beizubehalten, geheim abstimmen.

Herr Hagen erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer für eine Beibehaltung der Zuständigkeitsordnung in ihrer bisherigen Fassung stimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer dagegen stimmen wolle „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle „Enthaltung“ an.

Es werden 61 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag, die Zuständigkeitsordnung in ihrer bisherigen Fassung beizubehalten, stimmen 28 Ratsmitglieder. Mit 33 Gegenstimmen wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hagen lässt daraufhin über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses abstimmen, einen separaten Vergabeausschuss einzurichten.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Es wird, wie vom Hauptausschuss empfohlen, ein separater Vergabeausschuss eingerichtet.

Herr Hagen lässt daraufhin über die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses abstimmen, die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wie folgt zu erweitern (§ 15 Absatz 1):

„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr berät

1. Fachbeiträge gesamtkonzeptioneller Art, die sich gesamtstädtisch - auch mit Bezug auf konkrete Baumaßnahmen oder Bauleitplanungen - mit dem Bestand und der Entwicklung von Flora und Fauna oder Wirkungen von Luft, Immissionen, Grundwasser, des Bodens und des Stadtklimas auf Menschen, Tiere und Pflanzen beschäftigen,
2. Gewässerbaumaßnahmen im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach,
3. Bodenschutzmaßnahmen.“

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion folgenden **Beschluss**:

Die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wird, wie vom Hauptausschuss empfohlen, erweitert.

Sodann lässt Herr Hagen über den Antrag der FDP-Fraktion, Haupt- und Finanzausschuss zusammenzulegen, abstimmen.

Herr Hagen erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer für eine Zusammenlegung von Haupt- und Finanzausschuss stimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer dagegen stimmen wolle „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle „Enthaltung“ an.

Es werden 61 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag, Haupt- und Finanzausschuss zusammenzulegen, stimmen 36 Ratsmitglieder, gegen den Antrag stimmen 24 Ratsmitglieder. Ein Ratsmitglied enthält sich der Stimme. Der Antrag wird damit mehrheitlich angenommen.

Herr Hagen lässt daraufhin zwischen der Forderung, einen separaten Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann einzurichten und der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, die Aufgaben des Gleichstellungsausschusses in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zu integrieren, abstimmen.

Herr Hagen erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer für die Einrichtung eines separaten Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann stimmen wolle, der kreuze „Ja“ an. Wer mit „Nein“ stimme, der folge der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, die Aufgaben des Gleichstellungsausschusses in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zu integrieren. Wer sich der Stimme enthalten wolle, der kreuze „Enthaltung“ an.

Es werden 60 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für die Einrichtung eines separaten Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann stimmen 29 Ratsmitglieder. Dagegen stimmen 31 Ratsmitglieder. Damit folgt der Rat mehrheitlich der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, die Aufgaben des Gleichstellungsausschusses in den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann zu integrieren.

Herr Dr. Baeumle-Courth bittet darum, der Rat möge über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, einen eigenständigen Ausschuss für soziale Sicherung, Gleichstellung von Frau und Mann und Integration aus dem Stadtentwicklungsausschuss herauszulösen, abstimmen.

Frau Kreft erläutert, der Vorschlag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN sei ein guter Kompromiss, dem der Rat zustimmen solle.

Dem widerspricht Herr Mömkes. Der Stadtentwicklungsausschuss würde dadurch von wesentlichen Zuständigkeiten entbunden.

Herr Waldschmidt beantragt für die SPD-Fraktion die geheime Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN.

Herr Hagen lässt daraufhin über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, einen separaten Ausschuss für soziale Sicherung, Gleichstellung von Frau und Mann und Integration aus dem Stadtentwicklungsausschuss herauszulösen, geheim abstimmen.

Herr Hagen erläutert die Stimmabgabe mittels Stimmzetteln. Wer für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN stimmen wolle, der kreuze „Ja“, wer dagegen stimmen wolle „Nein“ und wer sich der Stimme enthalten wolle „Enthaltung“ an.

Es werden 57 Stimmzettel abgegeben, die sämtlich gültig sind. Die Auszählung liefert folgendes Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag, einen separaten Ausschuss für soziale Sicherung, Gleichstellung von Frau und Mann und Integration aus dem Stadtentwicklungsausschuss herauszulösen, stimmen 27 Ratsmitglieder. Mit 29 Gegenstimmen wird der Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Herr Hagen lässt daraufhin über die so geänderte Neufassung der Zuständigkeitsordnung inklusive der von Herrn Schmickler zu § 11 Absatz 3 Ziffer 1. vorgeschlagenen Änderung abstimmen.

Der Rat fasst mehrheitlich mit 32 Stimmen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, BfBB-Fraktion und Fraktion KIDitiative gegen 17 Stimmen der SPD-Fraktion bei sieben Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **Die geänderte Neufassung der Zuständigkeitsordnung wird beschlossen.**

2. **Der Bürgermeister wird ermächtigt, eventuelle Unstimmigkeiten der Gliederung, der Paragrafenfolge oder des Wortlauts zu berichtigen.**

22. Ortsrechtliche Regelungen für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach

229/2009

Frau Beisenherz-Galas erläutert die modifizierte Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, der die Beschlussempfehlungen des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und Sozialausschusses aufgenommen habe und über die der Rat nun entscheiden solle.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **§ 6 Absatz 3 Wahlordnung für den Seniorenbeirat wird um folgenden Satz ergänzt: „Bei der Aufstellung von Listen und Kandidaturen soll auf die paritätische Repräsentanz von Frauen und Männern geachtet werden (§ 12 Landesgleichstellungsgesetz NRW).“**

2. **Die Satzung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach und die Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Stadt Bergisch Gladbach werden in der Fassung der Vorlage mit der v.g. Ergänzung des § 6 Absatz 3 Wahlordnung beschlossen.**

23. Neuwahl des Integrationsbeirates

0428/2009

Frau Beisenherz-Galas erläutert die modifizierte Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, über die der Rat nun entscheiden solle.

Der Rat fasst daraufhin einstimmig bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion KIDitiative folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **In Bergisch Gladbach wird ein Integrationsrat gebildet.**

2. **Der Integrationsrat besteht aus 14 Mitgliedern, die für die Dauer der Wahlzeit des Rates nach Listen oder als Einzelbewerber gewählt werden und 7 weiteren Mitgliedern, die der Rat aus seiner Mitte bestellt.**

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zeitnah Entwürfe zur Änderung der Hauptsatzung und der Wahlordnung des Integrationsbeirates zur Beschlussfassung vorzulegen.**

4. **Wahltag für den Integrationsrat ist der 7. Februar 2010.**

24. <u>Förderung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in 2010</u>

327/2009

Herr Waldschmidt erläutert die modifizierte Beschlussempfehlung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses, über die der Rat nun entscheiden solle.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **Die zum 31.12.2009 auslaufenden Verträge mit den Trägern der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einschließlich der sozialraumorientierten Arbeit in Bockenberg und der Kreativitätsschule werden, vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung, mit gleich bleibenden Vertragskonditionen um ein Jahr bis zum 31.12.2010 verlängert.**

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Halbjahr 2010 gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Kreativitätsschule das aktuelle Konzept und die Fördermodalitäten zu bewerten und orientiert am Rahmen einer künftigen Kommunalen Bildungslandschaft in Bergisch Gladbach, insbesondere unter Einbezug der Veränderungen in der Sekundarstufe I, weiter zu entwickeln. Die Verhandlungen werden frühzeitig durch einen interfraktionellen Arbeitskreis begleitet.**

3. **Der finanzielle Rahmen ergibt sich aus dem voraussichtlich erforderlichen Haushaltssicherungskonzept bzw. den Vorgaben der Kommunalaufsicht zum Nothaushaltsrecht.**

25. <u>Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung</u>

330/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Die der Vorlage als Anlage beigefügte Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt.

26. **<u>II. Nachtragssatzung zur Änderung der "Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern"</u>**
0335/2009

Frau Bendig erläutert die modifizierte Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses, über die der Rat heute entscheiden solle.

Der Rat fasst einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

Der II. Nachtragssatzung zur „Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern“ (Anlage 1 zur Vorlage) wird mit der Änderung zugestimmt, dass § 3 der Nachtragssatzung folgende Fassung erhält: „§ 3 Absatz 4 der Satzung der Stadt Bergisch Gladbach zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung von Kindern vom 08.06.2006 erhält folgende Fassung: (4) Maßgebend für die Bemessung der Beitragshöhe ist das Einkommen, welches im jeweiligen Kalenderjahr der Betreuung erzielt wird. Das zur Berechnung des Elternbeitrages vorzulegende Einkommen des Vorjahres dient lediglich der vorläufigen Beitragsbemessung. Abweichend von Satz 2 ist das Zwölffache des Einkommens des letzten Monats zugrunde zu legen, wenn es voraussichtlich auf Dauer höher oder niedriger ist als das Einkommen des vorangegangenen Kalenderjahres; wird das Zwölffache des Einkommens des letzten Monats zugrunde gelegt, so sind auch Einkünfte hinzuzurechnen, die zwar nicht im letzten Monat bezogen wurden, aber im laufenden Jahr anfallen. Soweit Monatseinkommen nicht bestimmbar sind, ist abweichend von Satz 3 auf das zu erwartende Jahreseinkommen abzustellen.“

27. **<u>II. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung)</u>**
0342/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die II. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) in der Fassung der Vorlage.

28. **<u>Bergisch Gladbach - Stadtmitte:</u>**
<u>- Festlegung als Stadtumbaugebiet</u>
0437/2009

Herr Schmickler erläutert, der Beschlussvorschlag müsse wie folgt ergänzt werden, da keine Vorberatung der Vorlage im zuständigen Fachausschuss erfolgt sei: „<u>1. Auf eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung wird verzichtet.</u>“

Der Rat fasst einstimmig folgenden **modifizierten Beschluss**:

1. **Auf eine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss gemäß § 1 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung wird verzichtet.**

2. **Der Rat legt das in der Anlage zur Vorlage umgrenzte Gebiet in der Stadtmitte von Bergisch Gladbach gemäß § 171b Baugesetzbuch als Stadtumbaugebiet fest.**

29. **<u>Regionale 2010 - stadt :gestalten</u>**
<u>- Ergebnis Öffentlicher Raum Wettbewerb Ost</u>

0343/2009

Der Rat nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

30. <u>Bebauungsplan Nr. 5342 -Vinzenz-Pallotti-Straße-</u>

<u>- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 1. öffentlichen Auslegung</u>

<u>- Beschlüsse zu Stellungnahmen aus der 2. öffentlichen Auslegung</u>

<u>- Beschluss als Satzung</u>

0389/2009

Frau Schu erklärt sich für befangen und begibt sich in den Zuschauerbereich des Sitzungssaales.

Frau Hammelrath erläutert, den berechtigten Einreden der Bürgerinnen und Bürger konnte, zumindest nach Beratung der Verwaltung, im Planungsausschuss nicht abgeholfen werden. Die SPD-Fraktion beabsichtige, die Einreden in den Umlegungsausschuss einzubringen und dort Regelungen zu treffen.

Herr Dr. Baeumle-Courth äußert die Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu den Beschlussvorschlägen. Der Bebauungsplan sei auf Zuruf eines potentiellen Investors aufgestellt worden. Er wünsche sich für die Zukunft, dass derartige Planungen fundierter und überlegter durchgeführt werden. Dies mache auch die lange Liste der Einwendungen deutlich. Er bedaure, dass die von Frau Hammelrath angekündigten Vorhaben der SPD-Fraktion erst zu diesem späten Zeitpunkt und nicht im Planungsausschuss eingebracht werden.

Frau Hammelrath entgegnet, die SPD-Fraktion befasse sich schon seit langem mit der Lösung des Problems, habe diese aber noch nicht gefunden. Es sei einerseits wichtig, an dieser Stelle Gewerbegebiete auszuweisen. Andererseits müssten die Betroffenen auch gerecht behandelt werden. Dies gehöre jedoch nicht in die öffentliche Sitzung eines Ausschusses.

Herr Lang fragt, ob dies heißen solle, dass heute abgelehnte Einwände und Bedenken anschließend doch noch einmal diskutiert würden. Dies sei unsinnig, da der Umlegungsausschuss dem Ratsbeschluss folgen werde. Wer die Bedenken der Einwender für begründet halte, solle gegen den Beschlussvorschlag stimmen,

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

I. Den im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - gemäß § 3 Absatz 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

B1 Sabine Auweiler wird nicht entsprochen.
B2 Günter und Margret Keller wird teilweise entsprochen.
B3 Dr. Wolfgang und Ilse Staubwasser wird teilweise entsprochen.
B4 Dr. Klaus Gotzmann wird teilweise entsprochen.
B5 Rechtsanwälte Redeker Sellner Dahs & Widmaier, für die Mandanten: Carola + Hanns Bernstein wird teilweise entsprochen.
B6 H.-J. Möller wird nicht entsprochen.
B7 Karl-Heinz und Eva Mols wird teilweise entsprochen.
B8 Harald Knorn wird teilweise entsprochen.
B9 Franz Haag wird teilweise entsprochen.
B10 Christine Haag wird teilweise entsprochen.

B11 Norbert Weiß wird teilweise entsprochen
B12 Evelyn Hamm wird nicht entsprochen.
B13 Angelika und Martin Wiegelmann wird teilweise entsprochen.
B14 Rechtsanwalt Hans G. Neu für die Mandanten Barbara und Karl Hecker wird teilweise entsprochen.
B15 Nicole Caroline Kritzler wird teilweise entsprochen.
B16 Rainer Fiedler wird teilweise entsprochen.
B17 Rechtsanwalt Konrad Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.
B18 Klaus Stein wird teilweise entsprochen.
B19 Hannelore und Joachim Düvel wird nicht entsprochen.
B20 RAG Scharfschützen e.V., Jochen Pruntsch wird entsprochen.
B21 Hans Borchardt wird nicht entsprochen.

T1 Rheinische NETZGesellschaft mbH, N-Leitplanung wird entsprochen.
T2 Geologischer Dienst NRW wird teilweise entsprochen.
T3 Deutsche Telekom Netzproduktion GmbH wird entsprochen.
T4 Umicore Bausysteme GmbH wird entsprochen.
T5 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
T6 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.
T7 IHK Köln, Zweigstelle Leverkusen/Rhein-Berg wird entsprochen.
T8 Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 8 Bergbau und Energie in NRW wird teilweise entsprochen.
T9 Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Regionalforstamt Bergisches Land wird teilweise entsprochen.

F1 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 7, Immissionsschutz wird teilweise entsprochen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und einer Enthaltung aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

II. Den im Rahmen der 2. öffentlichen Auslegung des Bebauungsplans Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - gemäß § 3 Absatz 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen der Einwender

B1 Gabriele Behr wird nicht entsprochen.
B2 Franz und Christine Haag wird teilweise entsprochen.
B3 Rechtsanwalt Konrad Hochhausen für die Mandanten Beatrix Beuthner-Brendel und Jürgen Brendel wird nicht entsprochen.
B4 Karin und Robert Peters wird teilweise entsprochen.
B5 Ingelore Ebeling-Weber wird teilweise entsprochen.

T1 Landesbetrieb Straßen NRW, Regionalniederlassung Rhein-Berg wird entsprochen.
T2 Rheinisch-Bergischer Kreis wird teilweise entsprochen.
T3 Bezirksregierung Düsseldorf, Kampfmittelräumdienst wird entsprochen.

F1 Stadt Bergisch Gladbach, Fachbereich 7, Verkehr wird teilweise entsprochen, Entwässerung wird entsprochen.

Der Rat fasst mehrheitlich gegen die Stimmen der BfBB-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und zwei Enthaltungen aus den Reihen der FDP-Fraktion folgenden **Beschluss**:

III. Der BP Nr. 5342 - Vinzenz-Pallotti-Straße - wird gemäß § 10 BauGB und der §§ 7 und 41 GO NRW als Satzung beschlossen und dazu die Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB.

Frau Schu kehrt an ihren Platz zurück.

31. Bebauungsplan Nr. 5423 - Industrieweg -
- Erlass einer Veränderungssperre
0339/2009

Der Rat fasst einstimmig folgenden **Beschluss**:

Für den Geltungsbereich des zur Aufstellung beschlossenen Bebauungsplans Nr. 5423 - Industrieweg - wird eine Veränderungssperre erlassen. Die der Vorlage beigefügte Satzung über die Veränderungssperre ist Teil dieses Beschlusses.

32. Anträge der Fraktionen

32.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 25.08.2009, die Generalinstandsetzung des Schwimmbades Mohnweg von der Haushaltssperre auszunehmen und die Maßnahme so schnell wie möglich zu beginnen
0436/2009

Der Antrag wurde unter TOP A 8 behandelt.

33. Anfragen der Ratsmitglieder

Herr Lang: Anfrage zu TOP A 28

Herr Lang fragt zu TOP A 28, ob der Kämmerer keine Bedenken habe, Fördermittel zu beantragen, wenn noch nicht bekannt sei, ob die Stadt die benötigten Eigenmittel bereitstellen könne. Dies sei nämlich Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln.

Herr Schmickler antwortet, fast alle Städte in Nordrhein-Westfalen befänden sich derzeit in einer problematischen Haushaltssituation. Dieses Problem sei den Förderbehörden bekannt, die den Umstand tolerieren würden, dass Anträge gestellt werden, obwohl die Finanzierung der Projekte möglicherweise noch nicht endgültig geklärt sei. Die Bezirksregierung habe aber deutlich signalisiert, dass Bewilligungsbescheide nur dann erteilt würden, wenn die Finanzierung abschließend gesichert sei.

Herr Hagen schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.